

09.01.2014 - 10:00 Uhr

EY Bankenbarometer 2014: Informationsaustausch als neue Realität erwartet

Zürich (ots) -

Die Schweizer Banken stellen sich der neuen Realität. Wie das EY Bankenbarometer 2014 zeigt, ist die Mehrheit der Institute davon überzeugt, dass sich der automatische Informationsaustausch als weltweiter Standard durchsetzen wird. Ungeachtet anhaltend ungünstiger Rahmenbedingungen mit Margendruck und weiterhin steigender regulatorischer Anforderungen stufen die Schweizer Finanzinstitute ihre Zukunftschancen eher positiv ein. Dennoch erwarten einige Institute einen Stellenabbau. Das mit den USA vereinbarte Programm zur vergleichswisen Beilegung des Steuerstreits wird die Konsolidierung beschleunigen.

ZÜRICH, 9. JANUAR 2014 - Der aktuelle Geschäftsgang wird von 23 (im Vorjahr 20) Prozent der Schweizer Banken als positiv beurteilt. 48 (58) Prozent der 120 im Dezember 2013 für das EY Bankenbarometer befragten Institute (ohne die beiden Grossbanken) bewerten den Geschäftsgang als eher positiv; 29 (22) Prozent sehen einen Rückgang des operativen Ergebnisses. Die Zukunft beurteilen die Banken weiterhin zuversichtlich: 75 (70) Prozent erwarten für die nächsten Monaten eine positive oder eher positive Entwicklung der operativen Ergebnisse. Allerdings hat sich die Zahl der Institute, die in den nächsten zwölf Monaten Stellenabbaumassnahmen planen, innert Jahresfrist auf 20 Prozent nahezu verdoppelt. «Die Schweizer Banken haben sich auf die zunehmend ungünstigen Rahmenbedingungen mit tiefen Zinsen, rückläufigen Transaktionsvolumen und Regulierungsdruck eingestellt und sehen sich gezwungen ihre Geschäftsmodelle und -prozesse laufend anzupassen», fasst Patrick Schwaller, Managing Partner FSO Assurance bei EY Schweiz, die Umfrageergebnisse zusammen.

Automatischer Informationsaustausch als neue Realität erwartet Eine bemerkenswerte Neueinschätzung zeigt das EY Bankenbarometer bei der Steuertransparenz: Nicht weniger als 74 Prozent der befragten Banken sind überzeugt, dass sich das Konzept eines automatischen Informationsaustausches letztlich als globaler Standard durchsetzen wird. 49 Prozent der Institute rechnen sogar damit, dass dies bereits auf mittlere Frist der Fall sein wird. «Mit Blick auf die jüngere Vergangenheit erstaunt dieses deutliche Resultat und markiert einen historischen Wendepunkt. Offenbar mussten die Banken erkennen, dass die bisher vorgeschlagenen Alternativkonzepte von den Partnerstaaten nicht verstanden oder nicht akzeptiert wurden. Viele Banken haben mittlerweile auch bereits Regelungen für Vermögenswerte mit unklarem Steuerstatus eingeführt. Nach wie vor ungelöst bleibt aber der Umgang mit unversteuertem Vermögen aus der Vergangenheit», sagt Patrick Schwaller.

Grosses Unbehagen mit US-Programm

Die aktuellen Entwicklungen rund um das Bankkundengeheimnis und die Steuertransparenz werden von den Banken zunehmend negativer beurteilt. 57 (51) Prozent der befragten Institute rechnen in diesem Zusammenhang mit negativen oder eher negativen Konsequenzen für den Finanzplatz. Gross ist das Unbehagen im Zusammenhang mit dem US-Programm zur vergleichswisen Beilegung des Steuerstreits: Eine Mehrheit von 73 Prozent beurteilt die angestrebte Lösung mit den USA als klar negativ für den Schweizer Finanzplatz. «Dabei erachten die Banken nicht primär die potenziellen Bussenzahlungen, sondern vor allem den mit der Aufbereitung und Lieferung der erforderlichen Daten verbundenen Aufwand als grösste negative Auswirkung des Programms. Es erstaunt daher nicht, dass sich sehr viele Banken mit der Teilnahme am Programm schwer getan haben», so Patrick Schwaller.

Erschwerter Marktzutritt in wichtigen EU-Raum befürchtet Im Zusammenhang mit der Umsetzung von MiFID II befürchten 79 Prozent der befragten Schweizer Banken einen deutlich erschwerten Marktzutritt in den EU-Markt. Damit droht ein wichtiger Ertragspfeiler der Schweizer Banken ins Wanken zu geraten. Vor diesem Hintergrund ist es verständlich, dass 73 Prozent der Institute die Einführung eines Finanzdienstleistungsgesetzes (FIDLEG) im Sinne einer gleichwertigen Regulierung als sinnvoll erachten. Allerdings werden einige der vorgeschlagenen Anpassungen, insbesondere das Register für Kundenberater, die Beweislastumkehr sowie die Regelungen zum Ombudswesen, als wenig zielführend beurteilt. «Die Drittstaatenregelung von MiFID II stellt für die Schweizer Banken eine zentrale Fragestellung dar. Es bleibt abzuwarten, ob die EU die geplante schweizerische Regulierung tatsächlich als gleichwertig anerkennt, um die Voraussetzung für den Marktzutritt zu schaffen», sagt Bruno Patusi, Leiter Wealth & Asset Management bei EY Schweiz.

Private Banking weiterhin unter Druck

Das Private Banking weist unverändert den stärksten Wettbewerbsdruck auf. 55 Prozent der Banken sehen in diesem Geschäftssegment die grössten Herausforderungen und die grösste Wettbewerbsintensität. Der hohe Wettbewerbsdruck treibt die Konsolidierung voran: Eine grosse Mehrheit von 76 Prozent der befragten Banken erwartet eine Reduktion der Anzahl Finanzinstitute, vor allem im Vermögensverwaltungsgeschäft. «Die zunehmend ungünstigen Rahmenbedingungen führen derzeit bei vielen Banken zu einer Neubeurteilung ihrer Geschäftsmodelle. Der Wettbewerbsdruck und das mit den USA abgeschlossene Steuerabkommen werden die Konsolidierung eher beschleunigen», sagt Bruno Patusi.

Antizyklischer Puffer mit Symbolcharakter Eine wachsende Mehrheit von 59 (53) Prozent der befragten Banken rechnet im laufenden Jahr mit einer restriktiveren Kreditvergabe. Die Ansicht, dass der Immobilienmarkt derzeit zur Blasenbildung neigt, wird von 64 (77) der Institute geteilt. Den Bedarf an Wertberichtigungen und Rückstellungen für Ausfallrisiken aus dem Kreditgeschäft stuft die Mehrheit der Institute als stabil ein; 41 (42) Prozent erwarten hingegen weiterhin einen steigenden

Wertberichtigungsbedarf. Eine grosse Mehrheit von 82 Prozent erachtet die vom Bundesrat auf Antrag der Nationalbank angeordneten antizyklischen Kapitalpuffer auf Hypothekarkredite als sinnvoll. Nur die Hälfte der Banken ist allerdings der Meinung, dass dieses Instrument das Wachstum bei grundpfandgesicherten Krediten tatsächlich nachhaltig bremsen kann.

Retrozessionen - Sturm im Wasserglas? Das Bundesgerichtsurteil in Sachen Retrozessionen und Bestandespflegekommissionen, das die Branche Ende 2012 aufgeschreckt hatte, hatte bis anhin keine wesentlichen Auswirkungen auf das Vermögensverwaltungsgeschäft. Nur 19 Prozent der befragten Banken sahen sich 2013 mit einer bedeutenden Anzahl von Kundenanfragen zu Vertriebsentschädigungen konfrontiert und lediglich 8 Prozent geben an, dass sie mit teilweise signifikanten Rückgabeforderungen konfrontiert wurden. «Die Banken konnten den potenziell betroffenen Kunden die Vergütungsmechanismen in der Regel hinreichend erklären», sagt Bruno Patusi. Die Befragung zeigt auch, dass Retrozessionen in Zukunft voraussichtlich weiterbestehen werden: Rund 44 Prozent der befragten Banken gehen davon aus, dass sie nicht vollumfänglich auf derartige Vertriebsentschädigungen verzichten werden. Allerdings wird die Transparenz weiter zunehmen.

Informationen zur Studie

Das zum vierten Mal erhobene EY Bankenbarometer basiert auf der Befragung von 120 Führungskräften (Mitglieder der Geschäftsleitung) von verschiedenen Banken in der ganzen Schweiz, ohne die beiden Grossbanken. Bei 33 Prozent der befragten Institute handelt es sich um Privatbanken, bei 22 Prozent um Auslandbanken, bei 34 Prozent um Regionalbanken und bei 11 Prozent um Kantonalbanken. 79 Prozent der Institute stammen aus der Deutschschweiz, 18 Prozent aus der Westschweiz und 3 Prozent aus dem Tessin. Die telefonische Befragung wurde Anfang Dezember 2013 im Auftrag von EY durch ein unabhängiges Marktforschungsinstitut (Valid Research Bielefeld) durchgeführt. Die detaillierten Ergebnisse der Erhebung stehen auf der Website unter www.ey.com/ch zum Download zur Verfügung.

EY | Assurance | Tax | Transactions | Advisory

Über die globale EY-Organisation

Die globale EY-Organisation ist eine Marktführerin in der Wirtschaftsprüfung, Steuerberatung, Transaktionsberatung und Rechtsberatung sowie in den Advisory Services. Wir fördern mit unserer Erfahrung, unserem Wissen und unseren Dienstleistungen weltweit die Zuversicht und die Vertrauensbildung in die Finanzmärkte und die Volkswirtschaften. Für diese Herausforderung sind wir dank gut ausgebildeter Mitarbeitender, starker Teams sowie ausgezeichneten Dienstleistungen und Kundenbeziehungen bestens gerüstet. Building a better working world: Unser globales Versprechen ist es, gewinnbringend den Fortschritt voranzutreiben - für unsere Mitarbeitenden, unsere Kunden und die Gesellschaft.

Die globale EY-Organisation besteht aus den Mitgliedsunternehmen von Ernst & Young Global Limited (EYG). Jedes EYG-Mitgliedsunternehmen ist rechtlich selbstständig und unabhängig und haftet nicht für das Handeln und Unterlassen der jeweils anderen Mitgliedsunternehmen. Ernst & Young Global Limited ist eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung nach englischem Recht und erbringt keine Leistungen für Kunden. Weitere Informationen finden Sie auf unserer Website: www.ey.com.

Die EY-Organisation ist in der Schweiz durch die Ernst & Young AG, Basel, an zehn Standorten sowie in Liechtenstein durch die Ernst & Young AG, Vaduz, vertreten. «EY» und «wir» beziehen sich in dieser Publikation auf die Ernst & Young AG, Basel, ein Mitgliedsunternehmen von Ernst & Young Global Limited.

Kontakt:

Eliane Panek
Media Relations
Tel.: +41 (0) 58 286 37 34
eliane.panek@ch.ey.com

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100016476/100749520> abgerufen werden.